



Shortlist 2009

Public Eye Positive Award www.publiceye.ch

Nominiert für den Public Eye Positive Award 2009

von Pesticide Action Network (PAN) Asia & the Pacific, Malaysia:

Irene Fernandez

Funktion: Director of Tenaganita (Women's Force) (seit 1991)
Chairperson of the Pesticide Action Network (PAN) Asia and The Pacific (seit 1992)
Branche: Menschen- und Arbeitsrechte

In Kürze

Malysias längster Gerichtsprozess dreht sich nicht um Mord und Totschlag. Vor Gericht stand die Menschenrechtsaktivistin Dr. Irene Fernandez, weil sie 1995 einen Bericht über die unmenschlichen Lebensverhältnisse von MigrantInnen in malaysischen Sammellagern veröffentlicht hatte. 2003 wurde sie wegen der Publikation falscher Nachrichten zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Diese grobe Verletzung der Meinungsfreiheit löste international grosse Empörung aus. In den vergangenen 13 Jahren musste Irene über 300-mal vor Gericht erscheinen. Am 24. November 2008 wurde sie vom obersten Gericht endlich freigesprochen. Die nominierende Organisation PAN fordert, dass Menschenrechtsaktivisten wie Irene nicht wie Verbrecher behandelt werden, sondern vor gerichtlicher Verfolgung besser geschützt sind. Für ihr bahnbrechendes Engagement wurde die 62-jährige 2005 mit dem Right Livelihood Award („Alternativer Nobelpreis“) ausgezeichnet.

Mutiges Verhalten

Seit über drei Jahrzehnten setzt sich Dr. Irene Fernandez für die Rechte der ausgebeuteten Frauen und Migranten ein. Zu diesem Zweck gründete sie eine Nichtregierungsorganisation namens Tenaganita (Women's Force). Mit ihren Mitarbeitenden interviewte sie 300 illegale Zuwanderer, denen die Zwangsausweisung drohte. Die Migranten berichteten von Misshandlungen, Überbelegung, Wasser- und Nahrungsmangel in den malaysischen Sammellagern. Fast 50 Personen starben mangels medizinischer Versorgung, wie die Regierung später zugab. Auf diesen Recherchen beruhend publizierte Irene 1995 einen Bericht, der die prekäre Situation der MigrantInnen in Malaysia dokumentierte. Gegenwärtig leben über 3 Millionen MigrantInnen in Malaysia, die als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden. 2003 beschloss die Regierung härter gegen illegale Zuwanderer vorzugehen und wollte über eine Million ausländischer MigrantInnen

abschieben, wie Tenaganita 2005 bekannt machte. Irene setzte damit ein Zeichen und legte den Grundstein für viele konkrete Veränderungen in der malaysischen Gesellschaft und Wirtschaft.

Folgen/Erfolge

Im März 1996 wurde Irene angeklagt, gegen den „Printing Presses and Publication Act“ (PPPA) verstossen zu haben, weil sie in ihrem Bericht absichtlich Falschinformationen veröffentlicht habe. Am 16. Oktober 2003 wurde sie zu einer 12-monatigen Gefängnisstrafe verurteilt und erst auf Kautions wieder freigelassen. 13 Jahre kämpfte die bekannte Menschenrechtsaktivistin gegen diese Verurteilung an und musste dafür über 300-mal vor Gericht erscheinen. Irenes Zivilrechte wurden eingeschränkt. Das Gericht war im Besitze ihres Passes. Als Vorbestrafte blieb es ihr 2004 und 2008 verwehrt, als Parlamentarierin zu kandidieren. Entlastendes Zeugenmaterial ging „verloren“. Ein Computervirus habe die Gerichtsunterlagen vernichtet, hiess es.

Trotz der drohenden Gefängnisstrafe und weiteren Einschüchterungen wehrt sich Irene gegen den Missbrauch von Migranten und die Gewalt gegenüber Frauen. Neben ihrem Engagement als Direktorin von Tenaganita setzte sie sich als Vorsitzende des Pesticide Action Network (PAN) dafür ein, dass Pestizide wie Paraquat verboten werden, um die Landarbeiter vor Schädigungen zu schützen. Für ihr exemplarisches Wirken wurde Irene 2005 mit dem Right Livelihood Award („Alternativer Nobelpreis“) ausgezeichnet.

Aktueller Stand und Forderungen

Laut Amnesty International verletzt der „Printing Presses and Publication Act“ (PPPA), der zur Verurteilung führte, gegen die Menschenrechte bzw. die Meinungsfreiheit und kriminalisiert Menschenrechtsaktivisten. Die malaysische Regierung leugnet bis heute, dass es in den Sammellagern zu Misshandlungen kam. Das seit 2003 laufende Berufungsverfahren von Irene verzögerte sich bis zur überraschenden Wende im November 2008. Die 8988-seitigen Unterlagen des 13-jährigen Gerichtsverfahrens waren gemäss Irenes Verteidiger und dem Staatsanwalt unverständlich. Der Verteidiger forderte daher das Ende des Strafprozesses. Als die Einwände der Kläger ausblieben, gab der Richter des obersten Gerichtes seinem Antrag statt: Das längste Gerichtsverfahren in der Geschichte Malaysias endete am 24. November mit einem Freispruch. Die nominierende Organisation fordert nun die vollständige Rehabilitation von Irene. Ihre Verfolgung dient allein der Einschüchterung von Menschenrechtsaktivisten in Malaysia. Tenaganita fordert daher, dass Whistleblower, die die Regierung oder Wirtschaftsunternehmen kritisieren, gesetzlich geschützt werden.

Weitere Informationen:

- http://www.tenaganita.net/index.php?option=com_content&task=view&id=244&Itemid=1
- http://www.huffingtonpost.com/suzette-standing/irene-fernandez-the-best_b_138586.html
- <http://www.rightlivelihood.org/irene-fernandez.html>